



Projektleiter Johannes Zapp (links) erläutert Landrat Reiner Wegner die Erkundungsarbeiten. Archivfoto: Veit

**Vorstand: Angebot nicht angemessen / Zoff um Kreis-Stellungnahme zu Giesen**

# Kali und Salz stemmt sich gegen Übernahme

(lv) Kassel/Giesen. Mit deutlichen Worten hat der Kasseler Salz- und Düngemittelhersteller Kali und Salz (K+S) dem Übernahmeangebot des kanadischen Konkurrenten Potash eine Absage erteilt. Der vorgeschlagene Preis von 41 Euro pro Aktie sei dem Wert des Unternehmens nicht angemessen, erklärte Norbert Steiner, Vorstandsvorsitzender von K+S, am Donnerstag. Zudem würden die Interessen der Beschäftigten nicht berücksichtigt.

„Potash hat keine verbindlichen Zusagen zum Schutz der Interessen der weltweit mehr als 14.000 Beschäftigten von K+S gemacht“, kritisiert Steiner. „Trotz mehrmaliger Nachfragen ist es zu dieser zentralen Frage seitens Potash bis jetzt bei

Gemeinplätzen geblieben. Allein in Deutschland sind direkt oder indirekt mehr als 30.000 Arbeitsplätze mit der heimischen Rohstoffgewinnung und der Produktion mineralischer Nährstoffe von K+S verbunden.“

Vorstand und Aufsichtsrat seien sehr besorgt, dass Potash kein nachhaltiges Interesse daran zu haben scheint, die strategisch, technisch und wirtschaftlich miteinander verknüpften Düngemittel- und Salzaktivitäten des Unternehmens in der jetzigen Form fortzuführen.

Im Landkreis Hildesheim ist die geplante Wiederaufnahme des Kaliabbaus in Siegfried-Giesen derzeit das größte K+S-Projekt. Hier sollen eine halbe Milliarde Euro investiert und 500 bis 700 Arbeitsplätze geschaffen

werden. Geht es nach Projektleiter Johannes Zapp, soll um 2020 eine neue Fabrik in Betrieb gehen – für voraussichtlich 40 Jahre.

Nachdem lange Zeit wenig Kritik an dem Vorhaben zu hören war, entzündet sich die Diskussion derzeit vor allem an der geplanten zweiten Abraumphalde. Im Kreis-Umweltausschuss sorgte zudem die Haltung der Kreisverwaltung für Unmut, die ihre Stellungnahme zu dem Projekt nicht öffentlich machen wollte. Der Sarstedter CDU-Kreistagsabgeordnete Friedhelm Prior forderte die Unterlagen daraufhin beim Bergamt an – und erhielt sie. Er werde sie jedem Interessierten zur Verfügung stellen, so Prior. „Das Informationsrecht darf nicht ausgehöhlt werden.“